

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell am 16.02.2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,
werte Pressevertreter und Gäste,

zu Beginn möchte ich der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr danken und bitte die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter, diesen Dank an ihre zahlreichen Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Unser Lob und Dank gilt im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell den Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, und den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei hierfür umfangreich zugearbeitet haben. Unser ganz besonderer Dank gilt aber dem Kämmerer, Herrn Wilfried Raubach. Und da dies der letzte Haushalt ist, der in der Dienstzeit von Herrn Raubach in den Rat beschlossen wird, haben wir für ihn heute ein ganz spezielles Dankeschön vorbereitet.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich auf die Leistungen der Stadt hinweisen, die trotz der sehr angespannten Haushaltslage erbracht worden sind bzw. erbracht werden. Ich halte dies für sehr wichtig, damit deutlich wird, dass die Stadt und die Verwaltung weiterhin ein großes Spektrum an Leistungen anbieten und erbringen, um das Leben für unsere Bürger im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten so gut wie möglich zu gestalten.

Beim U3-Ausbau befinden wir uns weiterhin im Plan. Das Ziel einer 20%igen Versorgung zum Kindergartenjahr 2010/2011 konnte sogar übertroffen werden. Weitere Investitionen sind in Planung und Vorbereitung. Derzeit stehen zwar noch ca. 1,4 Mio. € der insgesamt beantragten 3,4 Mio. € an Fördermitteln aus, aber die CDU ist zuversichtlich, dass die rot/grüne Landesregierung die bestehenden Probleme bei der Auszahlung trotz ihrer bekannten massiven Probleme beim Landeshaushalt in den Griff bekommt, damit die Kommunen und Freien Träger weiter an der Umsetzung des 35%-Versorgungsziels arbeiten können. Mit der Zuwendung für den Umbau der Kita „Alter Bahnhof“ konnte ein weiteres Ausbauprojekt gesichert werden. Bemerkenswert ist hierbei trotz der angespannten Haushaltslage der kommunale Eigenanteil in Höhe von 10% seit Beginn des Ausbauprogramms im Jahre 2008. Dies bedeutet für den Haushalt einen erheblichen Kraftakt, den aber die CDU-Fraktion nachdrücklich unterstützt.

Dass auch die übrigen Fraktionen im Rat die Personal-/Stellenbemessung im Bezirkssozialdienst für sehr wichtig erachtet haben, freut uns. Bekanntlich wurde der Auftrag hierzu im Dezember vergeben und wir erhoffen uns davon als Ergebnis, dass die Tätigkeiten im BSD qualitativ und quantitativ bewertet werden, damit für die Zukunft sowohl für die Mitarbeiter dieses wichtigen Dienstes als auch für den Jugendhilfeausschuss und den Rat noch mehr Klarheit über die Aufgaben und ihre Durchführung sowie die notwendigen Ressourcen entsteht.

Mit den Wahlen zum Jugendstadtrat konnte eine Initiative der CDU-Fraktion nach optimierter Partizipation von Jugendlichen in unserer Stadt erfolgreich umgesetzt werden. Der Jugendstadtrat hat sich nicht nur konstituiert, sondern inzwischen auch etabliert. Neben unserem Kinder- und Jugendparlament haben wir die Demokratie in Sankt Augustin damit demographiefest ergänzt. Konkrete Projekte werden dort derzeit diskutiert und eine Einbeziehung in den Planungsprozess „Urbane Mitte“ wird sichergestellt.

Beim Entwicklungskonzept „Offene Ganztagschule“ (OGS) wurde die im Jahr 2005 festgelegte Betreuungsquote von 30% bis zum Jahr 2010 auf 41% angehoben. Das bedeutet, dass anstatt der ursprünglich 725 vorgesehenen Plätze nunmehr 830 Kinder mit OGS-Plätzen versorgt werden können. Und dies sogar ohne nennenswerte Kostensteigerung, sondern durch eine Optimierung der Auslastung der Betreuungsstrukturen und die Unterstützung des Projektes der Katholischen Grundschule Hangelar der strukturierten Ganztagsklasse.

Trotz des Nothaushaltes haben wir das Finanzvolumen des Kinder- und Jugendförderplanes leicht erhöhen können. Insbesondere im Bereich der Richtlinienförderung konnte die CDU-Fraktion wegen ihres gewissenhaften Konsolidierungskurses Spielräume eröffnen, um erstmals eine Strukturförderung für die Jugendverbände in den Kinder- und Jugendförderplan aufzunehmen.

Durch den Verein zur Förderung städtischer Jugendeinrichtungen konnte erreicht werden, dass trotz der finanziellen Probleme der Stadt im Bereich der Jugendarbeit keine qualitative Verschlechterung aufgetreten ist. Durch die Möglichkeiten des Vereins, neben den städtischen Geldern erhebliche Drittmittel und Spenden zu akquirieren, sieht sich die CDU-Fraktion in ihrer Haltung bestätigt, das Entstehen und die Arbeit des Vereins nachhaltig gefördert zu haben. Hierbei danken wir dem Vorstand des Vereins mit ihrer Vorsitzenden Frau Lüders und den Mitarbeitern des Vereins mit ihrem Geschäftsführer Herrn Kernenbach. Im Zusammenhang mit den Jugendeinrichtungen wird sich die CDU intensiv mit der Machbarkeitsstudie zum Jugendzentrum Mülldorf auseinandersetzen, um die beste finanzierbare Lösung für die Jugendlichen zu finden.

Die weitere konsequente Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes ist für die CDU-Fraktion nach wie vor sehr wichtig. Dies wird durch die von uns unterstützten Beschlussfassungen zur Erweiterung des Feuerwehrhauses Mülldorf mit einer Feuerwehrtechnischen Zentrale und dem Neubau des Feuerwehrhauses in Buisdorf. Zudem wurde die neue Drehleiter im Löschzug Mülldorf in Betrieb genommen. Für die bisher und sicherlich auch künftig hervorragende Arbeit unserer Freiwilligen Feuerwehr danke ich unserem Stadtbrandinspektor Herrn Engstenberg verbunden mit der Bitte, diesen Dank an alle Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr weiterzugeben.

Neben der Mensa für das Schulzentrum Niederpleis, deren Spatenstich im Herbst letzten Jahres erfolgte und die Ende dieses Jahres gemäß Plan fertig gestellt sein wird, beherrschte im Bereich Schule das Thema Gesamtschule die Schulpolitik 2010. Die Ausführung des Beschlusses für ein erneutes Anmeldeverfahren begleitet das Schuldezernat von Herrn Lübken mit seinen Mitarbeitern sorgfältig und engagiert und wir können daher und aufgrund des Umstandes, dass die Gesamtschule im Ganztagsbetrieb errichtet werden kann und soll, davon ausgehen, dass das Anmeldeverfahren erfolgreich abgeschlossen wird. Damit werden zwei wichtige Punkte umgesetzt: Der bei der Befragung

der Eltern der Grundschulkinder klar geäußerte Elternwille, der bei der Entscheidung der CDU klar im Vordergrund stand und steht, und ein großer Schritt in Richtung des Ziels, dass Sankt Augustin zu einer Ganztagschulstadt wird.

Des Weiteren wurden auf unsere Initiative bzw. unsere Unterstützung der Generationenparcours im Rahmen des Grünen C eingerichtet, der Spatenstich für den Kunstrasenplatz in Niederpleis durchgeführt, die Grundlagen für eine Verbesserung des Feldhockey geschaffen, Leitlinien für ein Integrationskonzept erarbeitet, dem Kreis die Optimierung des JobCenters empfohlen und viele andere Beschlüsse gefasst, um den Status Sankt Augustins als familienfreundliche und sozial kompetente Stadt zu festigen.

Das herausragende Projekt in Sachen Zentrumsentwicklung war im Jahr 2010 der Masterplan Urbane Mitte. Dieses in der Region beispiellose Projekt erinnert fast schon an die Gründungstage unserer Stadt, als sich die damaligen Stadtväter dazu entschlossen, für das gerade gegründete Sankt Augustin ein Zentrum zu bauen. Nun ist dieses in die Jahre gekommen und wir haben die besondere Möglichkeit, unsere City zu einer „urbanen Mitte“ werden zu lassen, die diesen Titel auch verdient. Die ersten inhaltlichen Ansätze dieses interdisziplinären Gesamtkonzeptes stimmen mich zuversichtlich, denn bereits jetzt zeichnet sich ab, dass das bisher aus Einzelstücken zusammengesetzte Zentrum zu einem Ganzen werden kann – wenn wir denn so konzentriert weiter arbeiten wie bisher. Die Beteiligung der Bürger in Form von bisher 3 Stadtforen war – und dies darf ich an dieser Stelle als Vorsitzender einer der Fraktionen, die für den Masterplan gestimmt haben betonen – vorbildlich. Jeweils bis zu 400 Bürgerinnen und Bürger besuchten die von der Stadtverwaltung durchgeführten Veranstaltungen. Und nicht nur das: von den seitens der Besucher vorgeschlagenen Maßnahmen konnten eine ganze Reihe in das Konzept eingearbeitet werden und das nenne ich fortschrittliche Partizipation.

Der geplante Abriss des alten HUMA und die beabsichtigte Realisierung eines Neubaus an gleicher Stelle ist das wichtigste Teilprojekt im Rahmen der Arbeiten zum Masterplan Urbane Mitte. Die Arbeiten laufen auf Hochtouren und in Kürze wird sich der Rat mit dem wichtigen Verfahrensschritt der Offenlage, also der 2. Stufe der gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligung beschäftigen dürfen. Die bisherige Planung stimmt mich hoffnungsfroh, denn nach den allerersten vorgelegten Entwürfen sind eine Reihe von Änderungen in die Planung eingeflossen, die den Schluss zulassen, dass der neue HUMA Einkaufspark sich trotz seiner Größe organisch in die bestehende Stadtstruktur einfügen wird. Im Übrigen ist der aktuelle Entwurf Zeugnis einer gut funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Investor und Bürgerschaft, wie die zahlreichen Modifizierungen des Konzeptes unter Beweis stellen. Der eigentliche Baubeginn ist für den Sommer 2011 geplant - das ist ehrgeizig, aber nach Lage der Dinge machbar. „Eigentlicher Baubeginn“ deshalb, weil die Änderungen der Hochspannungsleitungsführung, die das RWE derzeit durchführt, vom Investor bezahlt werden und damit durchaus auch als Baubeginn bezeichnet werden könnten.

Auch die Nahversorgung in den bisher unterversorgten Stadtteilen nimmt Formen an. Zur Zeit lotet die Stadtverwaltung richtigerweise alle Möglichkeiten aus, am ursprünglich vorgesehenen 1a Standort an der Paul-Gerhardt-Straße in Niederpleis einen Markt in ansprechender Bauweise zu realisieren. Im Stadtteil Meindorf scheint sich eine Lösung heraus zu kristallisieren. Das dortige Projekt, das einen Verbrauchermarkt und einen Kindergarten umfasst, kann nach derzeitigem Stand bereits in naher

Zukunft umgesetzt werden. Am Engelsgraben am Wohnpark Niederpleis hat erst jüngst ein Verbrauchermarkt seine Pforten geöffnet, so dass hier die Nahversorgung sichergestellt ist. Selbst für den Stadtteil Birlinghoven scheint eine Lösung in greifbarer Nähe zu sein - allerdings muss hier zunächst der zuständige Landesbetrieb Straßen einer unmittelbaren Zufahrt zur Pleistalstraße zustimmen, was bisher leider noch nicht geschehen ist.

Das Stadtentwicklungskonzept befindet sich weiterhin konsequent in der Umsetzung. Alleine im Stadtteil Menden stehen 2 größere Wohngebiete im Focus. Dies sind die Gebiete „Im Werthchen“ sowie der Ortseingangsbereich Mendens auf dem Areal der eh. Fa. Opel Kumpel. Beide Gebiete werden zur Zeit fertig gestellt. Die sehr zügige Entwicklung dieser Wohngebiete stellt unter Beweis, dass Sankt Augustin nach wie vor ein attraktiver Zuzugsort ist.

Was den fortschreitenden demographischen Wandel anbelangt, scheint Sankt Augustin gut gerüstet. So wurden im Jahr 2010 auf der Grundlage des Stadtentwicklungskonzeptes eine Reihe von Projekten bis hin zur Umsetzung entwickelt, welche den sich allmählich ändernden Wohnbedürfnissen ein geeignetes Angebot entgegensetzt. Neben der seniorengerechten Bebauung im Klosterpark sind dies barrierefreie Wohnanlagen wie etwa in der Bachstraße in Hangelar, im Ortskern von Mülldorf oder in der Pastor-Hochats-Straße in Niederpleis. Wir setzen auf kleinere dezentrale, aber auch städtebaulich integrierte Projekte in den Stadtteilen, um unseren älter werdenden Einwohnern die Möglichkeit zu geben, weiterhin aktiv am öffentlichen Leben teil zu haben – und dies ist auch richtig so, denn Ortskernentwicklung heißt auch, Daseinsvorsorge zu betreiben.

Darüber hinaus darf nicht unerwähnt bleiben, dass inzwischen über 70% der Ziele der Entwicklungsmaßnahme Zentrum West umgesetzt worden sind, dass der erste Spatenstich der Gewerbegebietszufahrt in Buisdorf erfolgte, dass die erste Stufe des Park&Ride-Parkplatzes so gut wie fertig gestellt ist und dass der Nahverkehrsplan umgesetzt wurde.

Bei der Umsetzung der genannten Punkte im Rat hat sich die Zusammenarbeit von CDU- und FDP-Fraktion eindeutig bewährt und ich möchte mich ausdrücklich für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken – sowohl im Namen der CDU-Fraktion als auch persönlich. Wie in den meisten Partnerschaften kam es auch bei der unsrigen in seltenen Fällen zu Meinungsdivergenzen, die aber konstruktiv und miteinander aus der Welt geschafft wurden. Wir freuen uns darauf, in dieser Konstellation künftige Projekte in Angriff zu nehmen.

Diese eben geschilderte Leistungsübersicht soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch für das Jahr 2011 einen stark defizitären Haushaltsplan vorliegen haben. Ein geplantes Defizit von 12,6 Mio. Euro wird hier im Saal sicherlich niemand als positiv bezeichnen. Wir haben aber seitens der CDU-Fraktion den Entwurf umfangreich und tiefgehend geprüft – über 70 Fragen unsererseits an die Verwaltung dazu sprechen da eine eindeutige Sprache. Als Ergebnis haben wir festgestellt, dass die Verwaltung im Rahmen der negativen finanziellen Einflüsse von außen, auf die ich gleich noch eingehen werde, einen korrekten und der Situation angemessenen Haushalt aufgestellt hat, dem wir von unserer Seite zustimmen werden. Die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hat zudem gezeigt, dass auch die Oppositionsfraktionen keine konkreten Einsparmöglichkeiten im Vergleich zum

Defizit nennenswerten Größenordnungen benennen konnten. Dabei möchte ich feststellen, dass ich die umfangreichen Prüfanträge der SPD nicht als Einsparvorschläge ansehe – bei vielen machte es auf mich eher den Eindruck, als wäre NKF für die SPD ein Nebel, in dem sie sich verloren hat und nun mittels Prüfanträgen herumstochert. Immerhin war selbst das eine Verbesserung im Vergleich zum Beginn der letztjährigen Haushaltsberatungen, als die SPD das Haushaltsdefizit mit ihren Vorschlägen auf Jahre hinaus sogar erhöhen wollte.

Das für dieses Jahr erwartete Defizit von 12,6 Mio. € liegt zwar ca. 3 Mio. € unter dem des letzten Jahres – aber es liegt auf der Hand, dass jedes Minus zu viel ist und ein solch hohes erst Recht. Unsere allgemeine Rücklage würde bei einem in den nächsten Jahren unveränderten Minus des vergangenen Jahres noch ca. 6 Jahre vorhanden sein, auf der Basis des diesjährigen Wertes noch gut 8 Jahre. Meine Annahme in meiner letztjährigen Haushaltsrede, dass sich die Lage in den kommenden Jahren verbessern wird, bestätigt sich also – allerdings sehr und eigentlich zu langsam. Bei von der Stadt geleisteten freiwilligen Leistungen von im Verhältnis zum Defizit niedrigen gut 2 Mio. € zeigt sich nach wie vor, dass die Problematik nicht dort, sondern im pflichtigen Bereich liegt. Und wenn man sich diese genauer anschaut, stellt man fest, dass der Hauptverursacher der Planprobleme die Einnahmenseite und vor allem ihre massiven und langfristig unplanbaren Schwankungen sind. Nach einem kurzen Exkurs möchte ich darauf gleich abschließend eingehen.

Bekanntlich habe ich letztes Jahr meine erste Rede zum Haushalt gehalten und dies als erster in der Sitzung. Bei den damals folgenden Reden der Oppositionsvorsitzenden stellte ich fest, dass von deren Seite sowieso die CDU und FDP als hiesige Mehrheitskooperation angegriffen wurden, aber auch die damalige Landesregierung gleicher Konstellation. Bei meinen Überlegungen für meine diesjährige Rede kam mir zwangsläufig der Gedanke, es ebenso zu tun. Und was gab bzw. gibt es da für fantastische Vorlagen

1. den Entwurf eines Gemeindefinanzierungsgesetzes, bei dem 66% aller Kommunen in NRW weniger Schlüsselzuweisungen erhalten als geplant – in diesem Zusammenhang fehlte mir übrigens hier vor Ort seitens SPD und Grünen eine Resolution dagegen, nachdem wir doch noch im November von ihnen eine Resolution vorgelegt bekamen, bei der wir einer Mehreinnahme vor Ort auf der Basis von mehr Schulden im Land zustimmen sollten – als ob der Bürger nicht merken würde, dass es für seine Pro-Kopf-Schulden egal ist, ob diese in der Kommune oder im Land gemacht werden.
2. das Aussprechen einer einstweiligen Anordnung gegen den Nachtragshaushalt – hier deutet sich eine finanzpolitische Niederlage der Landesregierung an, die bundesweit ihresgleichen sucht.
3. das plötzliche Auffinden von 1,3 Milliarden € seitens des Finanzministers der rot/grünen Landesregierung – Zitat aus der FAZ vom 27.01.11: „Entweder hat der Finanzminister den Überblick verloren, oder er hat das Verfassungsgericht, das Parlament und die Öffentlichkeit getäuscht.“
4. hier vor Ort eine Phalanx von Anträgen der SPD, auf die im Haupt- und Finanzausschuss schon umfangreich eingegangen wurde. Meinen Favoriten möchte ich aber doch noch einmal nennen –

die Prüfung des Verkaufs der Räumlichkeiten des Bürgerservices und Verlagerung dieses Dienstes ins Rathaus. Dabei lagen der SPD vor Einreichung des Antrags aufgrund der Fragen von CDU und FDP ganz aktuelle Informationen seitens der Verwaltung vor, dass zum einen im Rathaus kein Platz dafür ist, und zum anderen – man höre und staune –, dass uns die Räumlichkeiten des Bürgerservices überhaupt nicht gehören. Als Haushaltskompetenz kann man das nicht bezeichnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin rhetorisch durchaus in der Lage, diese Punkte durch weitere zu ergänzen und hier genüsslich auszuwalzen. Aber welches Ergebnis hätte das? Den hier Anwesenden sind diese Fakten bekannt und die Presse würde aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erneut darüber berichten. Ich würde also Ihrer aller Zeit vergeuden, was nicht mein Anliegen ist.

Ich möchte daher auf die schon mehrfach von mir angesprochenen Einnahmedefizite zurückkommen, die zum allergrößten Teil nicht in der Beeinflussbarkeit des Stadtrates liegen. Diese sind derzeit eindeutig der Verursacher unseres Haushaltsdefizits und wiegen vor allem deshalb so schwer, weil die direkt damit zusammenhängenden Ausgaben von uns ebenfalls so gut wie nicht zu beeinflussen sind. Wir stellen also fest, dass wir in vielen Produktgruppen Ausgaben haben, für die wir darauf anrechenbar keine Einnahmen in gleicher Höhe haben, zu denen wir aber gesetzlich verpflichtet sind. Dies ist nicht nur für Haushaltsfachleute nichts Neues.

Aber es ist äußerst frustrierend, sich als Kommunalpolitiker in einem Nothaushalt zu befinden, der hauptsächlich durch übergeordnete Lasten verursacht wurde und der einem die eigentlich notwendige Gestaltungsfreiheit für unsere Stadt raubt. Und dieser Umstand ist ja vom Prinzip her nicht neu – ich vermute, dass sich keine der Landes- und Bundesregierungen in den unterschiedlichen Regierungskonstellationen jetzt und früher immer ausreichend Gedanken über das Konnexitätsprinzip gemacht hat, damit bei uns für die von oben beschlossenen Lasten auch genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Der Städte- und Gemeindebund als eine Art übergeordnetes Gremium versucht natürlich, auf die übergeordneten Regierungen einzuwirken – bisher aber nicht mit dem gewünschten Erfolg. Wir als Stadtrat können hier, wenn überhaupt, nicht viel tun.

Heißt das aber auch, dass wir als Personen da nichts tun können? Ich meine „doch“. Denn wir alle sind Mitglied einer Partei – 47 von uns, als 94% sogar in einer Partei, die entweder im Land oder im Bund an der Macht ist. Unser Sankt Augustin ist die zweitgrößte Stadt in einem der bundesweit einwohnerreichsten Landkreise und wir sind die größte Stadt unseres Bundestagswahlkreises. Daher ist davon auszugehen, dass die jeweiligen Parteimitglieder in den parteilichen Gremien entsprechendes Gewicht haben.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, ich liebe unsere Stadt, unser Sankt Augustin. Und da Sie alle eine Menge Zeit ehrenamtlich für diese Stadt aufbringen, bin ich sicher, dass Sie alle diese Liebe teilen. Wir sollten daher einen Teil unserer Zeit und Energie darauf verwenden, in den jeweiligen parteilichen Gremien aktiv und sehr nachdrücklich darauf hinzuarbeiten, dass auf Landes- und Bundesebene die gerechte Finanzierung der Kommunen absolute Priorität bekommt – denn nirgendwo ist Politik näher am Bürger als in der Kommune. Wichtig dabei ist, dass dies nicht einfach durch Umschuldungen

geschieht, sondern dass strukturelle Änderungen zu langfristig planbaren und ausreichenden Finanzmitteln für die gesetzlichen Ausgaben führen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir hier etwas tun können und müssen. Ich habe mich darüber schon lange mit meinem Parteivorsitzenden unterhalten, der dies ausdrücklich unterstützt und ich bin beispielsweise in der nächsten Woche bei einer Veranstaltung der CDU auf Landesebene, wo ich diese Ansicht klar zum Ausdruck bringen werde.

Diese Überlegung soll keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in der Zukunft weiterhin an unserem Haushalt intensiv arbeiten müssen, um das Minus so gering wie möglich zu halten. Aber ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mein gerade dargestelltes Ansinnen in ihren jeweiligen Parteien ebenfalls transportieren würden. Denn es ist eine hervorragende Möglichkeit, über eine andere Ebene unseren Haushalt positiv zu beeinflussen und die Liebe zu unserer Stadt zusätzlich aktiv zu leben!

Vielen Dank!

(es gilt das gesprochene Wort)